



1956

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 26. August 2006

117. Jahrgang Nr. 31.577



Atomkraftwerke bauen und Uran anreichern

Die Regierung hat den neuen Plan für Nuklearenergie vorgestellt

Buenos Aires (AT/cal/dpa) – Argentinien hat ein Energieproblem. Der neue nationale Plan für Nuklearenergie soll es lösen: mit einer Investition von rund 3,5 Milliarden Dollar in den nächsten acht Jahren. In erster Phase soll das dritte Atomkraftwerk des Landes, Atucha II, fertiggestellt, dann ein viertes Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1000 Megawatt errichtet und weiter die in den 80er-Jahren eingestellte Anreicherung von Uran wieder aufgenommen werden. Dies teilte am Mittwoch der Industrie- und Planungsminister Julio de Vido mit.

Der Bau des für eine Leistung von 750 Megawatt ausgelegten Atomkraftwerks Atucha II war schon vor 25 Jahren noch während

der Militärdiktatur (1976-1983) begonnen worden. Die Anlage ist zu 80 Prozent vollendet, liegt jedoch seit den 90er-Jahren wegen fehlender Finanzierung auf Eis. Bauträger war damals der Siemens-Konzern. Die Münchner werden bei der Fertigstellung der 120 Kilometer von der Hauptstadt Buenos Aires gelegenen Anlage allerdings nur beratend tätig sein. Atucha II soll im Jahr 2010 den Betrieb aufnehmen. Das vierte 1000-Megawatt-Kernkraftwerk soll erst ab 2010 errichtet werden. Der kanadische Betreiber Atomic Energy of Canada sei nun mit der Machbarkeitsstudie der neuen Anlage beauftragt worden, so de Vido.

Zudem wurde entschieden, die

Nutzungszeit des Atomkraftwerks Embalse in der Provinz Córdoba zu verlängern. Es bleibt nicht wie ursprünglich geplant bis ins Jahr 2011 in Betrieb, sondern bis ins Jahr 2043.

Argentiniens Erdgas- und Erdölreserven gehen zur Neige, und Experten warnen wegen des kräftigen Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre und mangelnder Investitionen in die Erschließung neuer Lagerstätten vor Engpässen bei der Versorgung mit Erdgas und Erdöl. Der Bau der Atomkraftwerke und die Wiederaufnahme der Urananreicherung diene ausschließlich friedlichen Zwecken und stehe im Einklang mit den internationalen Bestimmungen und Verträgen, sagte de

Vido.

Die Umweltorganisation Greenpeace kritisierte die Atompläne der Regierung von Präsident Néstor Kirchner scharf. Die "veraltete und gefährliche" Atomtechnik sei ungeeignet, um die Energieprobleme des Landes zu lösen. Stattdessen solle die Windkraft ausgebaut werden, bei der Argentinien über enorme Möglichkeiten verfüge, schrieb die Organisation am Mittwoch. Experten verweisen auch auf das große Potenzial beim Energiesparen. Wegen künstlich niedriger Energiepreise rechnen sich Ausgaben für die Isolierung von Häusern und neue, energieeffizientere Maschinen aber für Verbraucher und die Wirtschaft bisher nicht.

Der Riachuelo soll gesäubert werden

Ernsthafter Versuch: Ein Gesetzesprojekt wurde eingereicht Von Camilla Landbø

Buenos Aires (AT) – Wer mit dem Auto von der Stadt Buenos Aires ins Provinzquartier Avellana fährt und dabei den Fluss Riachuelo überquert, rümpft mit Sicherheit die Nase: der Fluss stinkt zum Himmel. Allerdings stinkt er nicht nur, sondern ist dreckig, verseucht und hat sozusagen alle Lebewesen vertrieben. Das Oberste Gericht von Argentinien hatte genug davon und gab der Regierung den Auftrag, endlich – frühere Versuche sind gescheitert – einen Sanierungsplan für den Riachuelo auszuarbeiten. Am Donnerstag hat die nationale Regierung, die Stadt und die Provinz Buenos Aires den Sanierungsplan dem Obersten Gericht vorgestellt.

Die wichtigsten Punkte des Sanierungsplanes:

1.) Es soll eine grosse Abwassersammelleitung am linken Flussufer des Riachuelos gebaut werden, in welchem die Abwasserkänäle münden. Die Sammelleitung beginnt bei der Kreuzung des Flusses Matanza und der Autobahn Riccheri, liegt in 30 Meter Tiefe und endet in der Entsorgungsanlage Boca-Barracas.

2.) Es sollen Rohrleitungen gelegt werden für Trinkwasser und Abwasser für die 4 Millionen Anwohner von Gross Buenos Aires. Rund 55 Prozent der Anwohner verfügen über keine Abwasserkänäle, rund 35 Prozent über kein trinkbares Wasser.

3.) Die Anlage im südlichen Vorort der Stadt Buenos Aires, die organische Abwässer aufbereitet, soll erweitert und umgeändert werden. Bisher hielt die Aufberei-

tungsanlage das organische Material lediglich zurück, bis es sich verflüssigt hatte, und leitete es schliesslich weiter in den Río de La Plata. Neu soll dieses Abwasser einer Primärbehandlung unterzogen und dann erst mit einem geringeren Verseuchungsgehalt in den Río de La Plata weitergeführt werden.

4.) Die Industrie soll besser kontrolliert werden. Wer, was, wie viel und wo an Industrieabfall in den Riachuelo wirft. Will heissen: Es müssten etwa 3000 Unternehmen bezüglich Entsorgung untersucht werden.

5.) Auch soll ein sogenanntes "Erziehungs-Programm" ins Leben gerufen werden, bei welchem man aufklären will, was für Umweltschäden was auslöst und wie man bewusster mit der Umwelt

umgeht.

Die Kosten des Matanza-Riachuelo-Sanierungsplanes wird auf rund 3 Milliarden Dollar geschätzt. Man rechnet mit einer Dauer von zehn Jahren, bis alle Vorhaben umgesetzt worden sind. Es ist noch unklar, wie man die Säuberung des Riachuelos finanzieren wird. Sicher ist, dass es von der nationalen Regierung, der Stadt sowie der Provinz Buenos Aires finanziell mitgetragen wird. In näherer Zukunft sollen zusätzlich noch ausländische Kredite aufgetrieben werden.

Bereits einen Tag darauf, am Freitag, hat Präsident Néstor Kirchner das neue Gesetzesprojekt Matanza-Riachuelo beglaubigt. Jetzt wird sich der Kongress damit weiter auseinandersetzen müssen.

Gemeinsam gegen den Terrorismus

Argentinien, Brasilien und Paraguay bauen ein Spionagezentrum auf

Buenos Aires (AT/cal) – Islamistische Terroristen operieren von Südamerika aus? Aus der paraguayischen Grenzstadt Ciudad del Este? Die USA sind sich dessen sicher. Und haben darauf gedrängt, dass die drei Länder Brasilien, Argentinien und Paraguay das in Verdacht geratene Dreiländereck besser überwachen.

Die USA vermuten bereits seit dem Jahre 2001, dass das Gebiet der Triple Frontera ein Finanzplatz für fundamentalistische arabische Terrorgruppen ist. Hisbollah und Hamas sollen angeblich in der Ciudad del Este in Paraguay, die von Brasilien und Argentinien nur durch den Paraná-Fluss getrennt wird, mit allerlei Machenschaften Geld beschaffen für ihre Anschläge. Die Stadt ist auch bekannt als Schmugglerparadies und Umschlagplatz für Fälschungen und gestohlene Ware. Der amerikanische Präsident George W. Bush sagte vor etwa einem Monat insistierend zu seinem brasilianischen Amtskollegen Lula da Silva: "Das

Länderdreieck ist eine Gefahr für die USA." Man solle die Bedenken der USA endlich ernst nehmen. Allerdings konnte bisher nichts in dieser Richtung bewiesen werden.

Argentinien, Brasilien und Paraguay sind sich nun einig geworden, wie das brasilianische Außenministerium in Brasilia bekannt gab: Sie bauen im Gebiet der Triple Frontera gemeinsam ein regionales Spionagezentrum (CRI) auf. Das Zentrum wird Sitz im brasilianischen Grenzort Foz do Iguazu haben und bereits in den nächsten Tagen installiert und mit Agenten aller drei Staaten besetzt sein, wie die lokalen Medien berichten. Ziel ist, die Finanzströme und verdächtige Personen im Grenzgebiet genauer unter die Lupe zu nehmen.

Im Dreiländereck leben rund 25.000 Araber. Nachweisen konnte man bisher nur, dass aus diesem Dreiländereck Millionenbeträge ins Ausland verschoben werden, auch auf Konten im Libanon.

WOCHENÜBERSICHT

Regierung bestraft Gendarmerie-Offiziere

Vier hohe Offiziere der Gendarmerie sind von der Regierung sanktioniert worden. Sie erlaubten einer Musikkapelle der Gendarmerie, in einer Veranstaltung einer ultrakatholischen und ultrakonservativen Gruppierung aufzutreten. Der Anlass endete mit einer Messe, die vom umstrittenen Bischoff der Streitkräfte Antonio Baseotto gehalten wurde, der vom Präsidenten Néstor Kirchner als Bischoff der Streitkräfte nicht mehr anerkannt ist. Die Regierung hat Hernán Walter Barrientos, den Leiter der Gendarmerie-Musikkapelle, abgesetzt. Die anderen drei Offiziere wurden lediglich disziplinarisch sanktioniert.

Fall Cromañón: Chabán vor Gericht

Der Geschäftsführer der Diskothek "Cromañón", Omar Chabán, muss vor das mündliche Gericht, das hat die Richterin María Angélica Crotto diese Woche entschieden. Ebenfalls angeklagt werden seine rechte Hand und Sicherheitschef der Diskothek, Raúl Villarreal, sowie fünf Polizisten. Sie müssen sich alle für die Tragödie im Dezember 2003 verantworten: Bei einem Brand in der überfüllten Diskothek "Cromañón" starben 194 Personen – vorwiegend Jugendliche. Chabán darf eine Strafe von bis zu zwanzig Jahren Gefängnis erwarten. Die Rockgruppe Callejeros, die damals auftrat, muss hingegen nicht vor Gericht.

Regierung distanziert sich von D'Elía

Die Regierung distanzierte sich gestern vom Projekt der Enteignung von privaten Ländereien in Corrientes. Das Projekt wurde letzte Woche von Ex-Piquetero und Unterstaatssekretär für Sozialwohnungen der Regierung, Luis

D'Elía, vorgestellt. D'Elía fordert ein Gesetz, damit die Ländereien des Nordamerikaners Douglas Tompkins in der Lagunenlandschaft Iberá in Corrientes zurückgefordert werden können. Als Protest ging D'Elía letzte Woche gar mit Zange hinter die Einzäunung von Tompkins. Der Kabinettschef Alberto Fernández hat nun klar zu verstehen gegeben, dass die Regierung weder die Aktion D'Elía gutheißt, noch irgend ein Gesetz zur Enteignung präsentiert habe.

Neue Brücke nach Avellaneda

In der Stadt Buenos Aires soll eine neue Brücke gebaut werden, die den Fluss Riachuelo überquert und das Quartier La Boca mit dem südlich gelegenen Aussenquartier Avellaneda verbindet. Der Bau der Brücke Roca Patricios wird sich auf 60 Millionen Peso belaufen und etwa in eineinhalb Jahren fertig gestellt sein. Zudem soll am Riachuelo-Ufer eine Umgehungsstrasse gebaut und Reparaturarbeiten an den Brücken Bosch, Pueyrredón und del Noria unternommen werden, wie die Regierung mitteilt.

Viele Absagen für private Unis

Die Zahl erstaunt: Seit dem Jahr 1996 sind 98 Anfragen eingegangen, um eine private Universität zu eröffnen. Davon erfüllten aber nur zwölf die notwendigen Bedingungen und erhielten ergo die Erlaubnis. Die Daten kommen von der nationalen Kommission für Akkreditation von Universitäten (Coneau), die dem Bildungsministerium unterstellt ist. Das Coneau bestimmt auch, welche Ausbildungen und Titel national anerkannt werden. Um eine private Universität eröffnen zu können, müssen unter anderem erfüllt sein: ein vorhandenes Startkapital von

einer Million Pesos, eine Lehrerschaft aus anerkannten Akademikern oder ein universitären Lehrplan. Gegenwärtig gibt es in Argentinien 55 private Universitäten.

Touristen-Bus für Stadtrundfahrt

Bereits vor Ende des Jahres sollen Touristen in Buenos Aires die Stadt von Norden bis Süden in einer Busrundfahrt kennen lernen können. Die Fahrt würde durch die Quartiere San Telmo, La Boca, Palermo und Recoleta führen und etwa 30 Minuten dauern. Letztes Jahr hat nach offiziellen Daten der internationale Tourismus in Argentinien bis zu 3,2 Milliarden Dollar eingebracht. Davon fließen 40 Prozent in die Kasse der Stadt Buenos Aires. Der Unterstaatssekretär für Tourismus, Jorge Giberti, findet es "unlogisch" bei diesem hohen Touristenanteil im Land und

in der Hauptstadt, dass es noch keine touristische Rundfahrten gibt. Auch will er neue Informationsstände aufbauen und unter anderem La Casa del Tango erneuern lassen.

Taxi fahren wird teurer

Wer Taxi fährt, greift seit Mitte dieser Woche ein bisschen tiefer in die Tasche: Die Taxitarife in der Stadt Buenos Aires sind um neun Prozent gestiegen. Die Grundgebühr kostet neu 2,16 anstatt 1,98 Pesos und der Zähler wechselt alle 200 Meter oder nach einer Minute Stillstand des Autos um 24 anstatt 22 Centavos. Die neuen Tarife können nur angewendet werden, wenn die Taxisten ihre Zähler offiziell angeglichen haben. Der Aufschlag ist nur provisorisch, Ende dieses Jahres soll ein weiterer Aufschlag unternommen werden. (AT/cal)

Blumberg will marschieren, auch wenn Telerman dagegen ist

Buenos Aires (AT/cal) – Eine höhere Sicherheit und mehr wirksame Mittel gegen die Kriminalität, das will der Ingenieur Juan Carlos Blumberg. Am kommenden Donnerstag marschiert er mit Anhängerschaft, darunter Familienangehörige anderer Gewaltopfer, auf die Plaza de Mayo in der Stadt Buenos Aires. Es ist der vierte Marsch dieser Art, den Blumberg, seit sein Sohn Alex Blumberg im Jahr 2004 bei einer Entführung ums Leben kam, organisiert.

Allerdings ist es das erste Mal, dass er den Marsch vors Regierungsgebäude, der Casa Rosada, unternehmen will – und das scheint Schwierigkeiten zu bringen. Am Mittwoch liess man ihm von Stadtregierungschef Jorge Telerman mitteilen, er bitte ihn auf den Marsch auf die Plaza de Mayo zu verzichten. Blumberg winkte ab uns sagte: „Es ist alles bereits organisiert.“ Auch der Innenminister Alberto Fernández äusserte sich: wenn der Marsch stattfinden würde, müsse man mit möglichen Konsequenzen rechnen. Blumberg deutete dies als Drohung. Fernández wiederum stellte daraufhin klar, er hätte keine Drohung ausgesprochen.

An dem Akt für mehr Sicherheit wird auch der rebellische Piquetero Raúl Castells teilnehmen, was für die Regierung ebenfalls ein Dorn im Auge ist. Der Ex-Piquetero und Unterstaatschef für Sozialwohnungen der Regierung Luis D'Elía hat sich unterdessen auch eingeschaltet und will am 31. August mit einer Gegenveranstaltung anwesend sein. Er sieht Blumbergs Marsch als einen politischen Akt der Rechten.

Unbeschränkte Wiederwahl

Die nationale Verfassung und diejenigen der Gliedstaaten sowie die Statuten der Gemeinden erlauben grundsätzlich die Wiederwahl der Parlamentarier im nationalen Kongress, in den Legislativen und Gemeinderäten. Diese Möglichkeit der Wiederwahl wird politisch nicht beanstandet. Die Parlamente sind Kollektive, wo sich die einzelnen Mitglieder nicht alleine durchsetzen und regieren können.

Ganz anders stellt sich diese Machtfrage bei den Exekutivämtern des Präsidenten, der Gouverneure und der Bürgermeister. Bei letzteren besteht die Möglichkeit der unbeschränkten Wiederwahl, da es sich um Verwaltungsämter handelt, die in der Landespolitik nur am Rande mitmischen.

In den 24 Gliedstaaten ist seit der Rückkehr zur Demokratie 1983 eine deutliche Tendenz festzustellen. Die amtierenden Gouverneure bemühen sich allenthalben um die Reform ihrer Verfassungen, damit ihre Wiederwahl zugelassen wird. Diese Tendenz steigt derzeit kräftig.

Nur vier Provinzen (Corrientes, Entre Ríos, Mendoza und Santa Fe) verbieten die Wiederwahl ihrer Gouverneure. Ganze 14 Gliedstaaten erlauben sie für eine Amtsperiode: Buenos Aires, die autonome Stadt

Buenos Aires, La Pampa, Neuquén, Chubut, Rio Negro, San Juan, Córdoba, Santiago del Estero, Chaco, Tucumán, Misiones, Tierra del Fuego und Jujuy. In Salta sind zwei Wiederwahlen zugelassen, die der derzeitige Gouverneur Juan Carlos Romero Ende 2007 ausschöpft. Unbegrenzte Wiederwahlen genießen die Gouverneure von Formosa, Catamarca, La Rioja, San Luis und Santa Cruz.

Gegenwärtig bemühen sich die Gouverneure von Tucumán, José Alperovich, und Misiones, Carlos Rovira, um die Reform ihrer Verfassungen, damit ihre unbeschränkte Wiederwahl zugelassen wird. In Misiones hat sogar der Bischof von Iguazú Joaquín Piña Stellung gegen diese Reform genommen und sich bereit erklärt, die Kandidatenliste der Opposition zu führen. Piña genießt die Unterstützung des argentinischen Kirchenchefs, Kardinal Jorge Bergoglio. Beide sind Jesuiten.

Die unbeschränkte Wiederwahl wird in politischen Kreisen, auch von Politologen, abgelehnt, weil sie Dauerherrschaften zulässt, die sich mit demagogischem Populismus verewigen und verhindern, dass sich die Provinzpolitik erneuert. Gouverneure beherrschen ihre Provinzkasse und genießen Zugang zu den Zuschüssen der Nationalregierung. Dadurch gewinnen sie Anhänger und Stimmen.

Das umstrittene Thema der unbeschränkten Wiederwahl, das bisher die Provinzsenen beherrschte, hat neuerdings auf der Landesebene der nationalen Politik Eingang gefunden. Präsident Néstor Kirchner darf sich für eine zweite Amtsperiode in Folge als Kandidat stellen. Die Verfassungsnovelle von 1994 lässt das zu. Sie war auf die geglückte Wiederwahl des damaligen Präsidenten Carlos Menem zugeschnitten. Eine dritte Amtsperiode in Folge ist verboten.

Ob Kirchner sich als Kandidat stellen wird oder darauf verzichtet, ist derzeit die wichtigste Frage der Wahlpolitik. Kandidaturen sollen laut Kirchner allgemein erst nach dem ersten Quartal 2007 aufgestellt werden.

Indessen wird von Beobachtern der Landespolitik bereits vorweggenommen, dass Kirchner die nächstjährige Wiederwahl bequem in erster Runde gewinnt, wie es jetzige Umfragen bestätigen. Danach könnte Kirchner, wie weiland als Gouverneur von Santa Cruz, die abermalige Verfassungsreform anstreben wie seinerzeit General Juan Domingo Perón 1948, um die unbegrenzte Wiederwahl verfassungsmässig abzusichern. In Santa Cruz regierte Kirchner während dreier Mandate.

Kirchner hat die Verfassungsnovelle von 1994 kritisiert und die Wiederwahl in Folge als die schlechtere Alternative gegenüber dem Wiederwahlverbot der Verfassung von 1853 betrachtet. Das mag stimmen, kann aber zu einer neuen Sicht der Dinge führen, wenn die nächstjährigen Wahlen ihn als Kandidaten mit bequemer Mehrheit als Präsidenten küren. In den nächsten Monaten wird man erfahren, welche Lesart sich hierüber durchsetzt. Verfassungsreformen pflegen auf jeden Fall die Politik in ihren Grundfesten zu erschüttern, weshalb sie nur in langen zeitlichen Abständen zu empfehlen sind.

Randglossen

Ing. Juan Carlos Blumberg sorgt seit zwei Jahren immer wieder für Schlagzeilen. Seine damalige erfolgreiche Kundgebung vor dem Kongress, um gegen die obwaltende Unsicherheit zu protestieren, überraschte alle Politiker, nachdem Blumberg weit über 100.000 Personen mobilisiert hatte, die mit Kerzen in den Händen ohne Gewalt und Drohungen marschierten. Seither ist Blumberg öfters gefragter Meinungsmacher. Die jüngste Unsicherheitswelle, anders als damals mit Entführungen und Erpressungen, konzentriert sich auf Überfälle gegen Rentner in ihren Wohnungen, verbunden mit Raub und Mord. Blumberg zielt jetzt nicht auf den Kongress, sondern auf die Exekutive an der Plaza de Mayo, wo für den kommenden 31. August eine abermals friedfertige und unpolitische Kundgebung die Aufmerksamkeit auf die obwaltende Unsicherheit richten wird.

Präsident Kirchner pflegt normale Beziehungen zu Blumberg, aber seine Regierung ist offensichtlich verärgert über die neue Kundgebung, die sie als eine Spitze gegen sie selber auslegt. Blumberg darf die Kundgebung organisieren, wird aber von einigen Regierungsbeamten kujoniert, allen voran der streitlustige Unterstaatssekretär für Sozialwohnungen, Luis D'Elía, der eine Gegenkundgebung ankündigte, aber dann darauf verzichtete. D'Elía ist Regierungspiquetero, wogegen sein Widersacher Raúl Castells für die Rentner vor dem Kongress marschierte und Blumberg einlud, der auch eine Zeitlang mitmachte und durch seine Präsenz für seine kommende Kundgebung warb. Alles soll dabei friedlich ablaufen, anders als zahlreiche Kundgebungen von Piqueteros, die verummumt und mit Stöcken die Bevölkerung bedrohen.

“Bei den Umfragewerten müsste man auswandern - nach Argentinien”

Der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU) besuchte das Argentinische Tageblatt und sprach über Deutschland, die Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika und den Nahen Osten

Von Ingo Schmidt-Tychsen

Buenos Aires (AT) - Willy Wimmer hat eine besondere Beziehung zu Südamerika. Ende der Achtzigerjahre weilte der Bundestagsabgeordnete in Sao Paulo, als sein Telefon klingelte. Helmut Kohl war am Apparat: “Wollen Sie parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium werden?” Wimmer sagte sofort zu - und nahm das nächste Flugzeug nach Deutschland. Bis 1992 blieb Wimmer Staatssekretär, dann schied er gemeinsam mit dem damaligen Verteidigungsminister

Gerhard Stoltenberg aus dem Amt. In diesen Tagen bereist Wimmer Südamerika im Auftrag der Bundesregierung.

Dieses Jahr sei ein entscheidendes für Deutschland, sagt der 63-Jährige. “Wir haben die Föderalismusreform endlich hinter uns gebracht - jetzt stehen weitere wichtige Themen an, über die zehn Jahre hinweg diskutiert wurde, zum Beispiel die Gesundheitsreform. Es werden wichtige Entscheidungen fallen.” Die Stimmung im Land sei gut. “Seit ich denken

kann, haben die Deutschen zum ersten Mal ein entspanntes Verhältnis zu ihrem Land”, sagt Wimmer.

Selbst die versuchten Terroranschläge vor gut einer Woche auf zwei Züge hätten die Menschen nicht wirklich verunsichern können. Die Anschläge hätten auch keinen Einfluss auf die Debatte

Willy Wimmer (CDU) will gemeinsam mit seiner Regierung die Beziehungen zu Lateinamerika verbessern.



um eine Beteiligung deutscher Truppen an der Friedensmission im Libanon. In dieser Frage "kapriziert sich alles darauf, dass wir Marine-Einheiten zum Schutz der libanesischen Küste entsenden. Das ist wohl auch die einzige konsensfähige Option." Ein umfangreicher Einsatz sei wegen Deutschlands besonderer Beziehung zu Israel nur schwer denkbar. Allerdings sei nicht ausschließlich Deutschland vorbelastet: "England und auch Amerika senden keine Soldaten, weil sie parteiisch wären." Wimmer selbst habe sich von Anfang an gegen den Einsatz von Kampftruppen ausgesprochen. Der Politiker glaubt allerdings, dass die Region befriedet werden kann. "Die

Frage ist: Wer hat ein Interesse daran?" Wimmer selbst habe gesehen, was im Nahen Osten mit der richtigen Verhandlungsstrategie möglich ist: "Innerhalb von Stunden habe ich in Zusammenarbeit mit Kohl den Ausbruch eines direkten Krieges zwischen dem Iran, Israel und Amerika verhindert."

Jetzt will Wimmer gemeinsam mit seiner Regierung die Beziehungen zu Lateinamerika verbessern. "Der Gipfel in Wien zwischen Lateinamerika und der Europäischen Union war kein Erfolg, hätte besser verlaufen können", sagt er. Zwar habe schon immer Austausch stattgefunden, "aber nie im Kernbereich der Sicherheitspolitik. Im Zusammenhang

mit der Nuklearkrise im Iran ist Brasilien ein unglaublich wichtiger Gesprächspartner für alle Parteien geworden. Damit ist die ganze Region auf eine globale Ebene gehoben, ob sie will oder nicht". Der Sicherheitsexperte glaubt, dass Lateinamerika in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird. Allerdings müsse Europa die Kontakte wieder beleben, weil China den Kontinent als wichtigen Handelspartner entdeckt habe. Argentinien beispielsweise exportiert nur noch rund ein Drittel aller Güter nach Europa und in die USA, drei Viertel der Waren gehen nach China und Indien. "Konkurrenz belebt das Geschäft", sagt Wimmer.

Die Regierungsgeschäfte in

Deutschland seien ebenfalls neu belebt worden - durch die schlechten Umfragewerte der Großen Koalition. Nach einer Zeit des politischen Honeymoons hätte sich die Regierung verbale Schlachten geliefert, die der Stimmung im Land nicht angemessen waren - die Leute hätten sich deshalb abgewandt. "Daraus haben wir Schlüsse gezogen, jetzt ist es ein sachgerechterer Umgang, den wir pflegen", sagt Wimmer. Am 17. September wird in Berlin das Abgeordnetenhaus gewählt. Erst dann werde sich zeigen, was die Menschen tatsächlich über die Regierungskoalition denken. "Bei den Umfragewerten im Moment müsste man eigentlich auswandern", sagt Wimmer. "Nach Argentinien."

AUSFLÜGE UND REISEN

Internationaler Bergsteigerkongress in Fiambalá

Deutsche, Schweizer und Österreicher, aber auch Franzosen, Italiener und Engländer, dito Polen, waren seit Anbeginn Pioniere im Besteigen der Bergriesen in den argentinischen Anden.

Angefangen bei Matthias Zurbriegen, dem Schweizer Eroberer des Aconcagua und des Tupungato, wirkten auch Leute wie Helbling, Reichert, Penck, Graef, Schneider, Link, Rebtsch, Watzl, Maass, Borchers, Schuckert, Ermrich, Heinsheimer, Daverda, Bachmann, Knopp, Herold u.a.m. bahnbrechend vom nördlichen Vulkanriesen Llullayllaco bis hinunter zur kontinentalen Eiskalotte im fernen Süden.

Argentinien besitzt nämlich nicht nur rund ein halbes Hundert Gipfel zwischen 6000 und knapp 7000 Meter, sondern zählt darunter einerseits den Aconcagua als die höchste Erhebung Amerikas



Pissis, das höchste Vulkanmassiv der Erde.

und der südlichen Halbkugel, und andererseits den Pissis, das höchste Vulkanmassiv der Erde. Während der Aconcagua 6959 Meter hoch ist, steht ihm der Pissis (so genannt nach einem französischen Andenforscher des 19. Jahrhunderts) mit 6882 Meter nur wenig nach. Er liegt zwischen den Provinzen La Rioja und Catamarca, beide befinden sich aber innerhalb argentinischen Hoheitsgebietes und nicht am internationalen Grenzkamm.

Nun wird vom 13. bis zum 14. November im Thermalort Fiambalá (Catamarca) der 1. Internationale Bergsteigerkongress unter dem Titel „Nevado Pissis para el Mundo“ abgehalten. Interessenten aus aller Welt können sich darüber auf der Website www.turismocatamarca.gov.ar informieren und sich mit den Veranstaltern über die Mail-Adresse pissisparaelmundo@argentina.com

in Verbindung setzen. Auch Teilnehmer aus Deutschland, der Schweiz und Österreich werden erwartet.

Fiambalá liegt am Weg zum Paso San Francisco (4722 MüNN) im Nordwesten von Catamarca. Entlang dieser internationalen Passstraße, die nach Copiapó in Chile führt, liegen die stets von ewigem Schnee gekrönten Vulkanriesen Bonete, Pissis, Incahuasi, San Francisco, Ojos del Salado, El Muerto, El Fraile, Wheelwright, Tres Cruces u.a.m. Der Austragungsort wurde mit Bedacht so gewählt, dass Interessenten von Fiambalá gleich auch den einen oder anderen nahen Berg angehen können.

Keine Angst vorm Fliegen

Einer von drei Fluggästen hat, zumindest statistisch, Angst vor dem Fliegen. Dieser Tage wurde im Aeroparque Jorge Newbery das erste Beratungszentrum für Men-

schen mit Flugangst in Betrieb genommen, das tagtäglich von 9 bis 21 Uhr geöffnet ist. Man kann vor dem gebuchten Flug hingehen und an einem Kursus teilnehmen, der von erfahrenem Fluggpersonal, Psychiatern und Psychologen erteilt wird. Den Teilnehmern wird ebenso anschaulich wie eindringlich erläutert, dass die verschiedenen Bewegungen, denen die Maschine beim Fliegen ausgesetzt ist, strikt dynamischen Prozessen folgen und nicht gefährlich sind. Teils wird das Phänomen so verstanden, dass man sich umso mehr fürchtet, je weniger man von der Technik der Fliegerei versteht. Denn gleichfalls ist, rein statisch, das Fliegen die sicherste Art des Fortbewegens.

Ein Kurzseminar dauert acht Stunden, man kann es entweder sonnabends komplett oder aber in zwei Kursen von je vier Stunden (17.30 bis 21 Uhr) dienstags und donnerstags absolvieren. Kostenpunkt: 660 Pesos. Das Interesse beim Publikum ist schon jetzt beachtlich. Info: 4845-0122/0133 oder 0810-88-VOLAR (86527).

Marlú



Abfahrten von Ushuaia, Argentinien von November bis März
 11 - 12 - 15 - 20 - 30 Tage-Fahrten
info@antarcticacruises.com.ar
www.antarcticacruises.com.ar
 Tel.: +54.11.4806.6326
 Fax: +54.11.4804.9474
 Evtl. Leg. 4552 disposición 597/97



Flyer
Lufthansa
City Center
 (Zona Norte)
Leg. 213 Res.0447

Av. Fondo de la Legua 425 (B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,10. Die Rofex-Terminkurse bertugen zum 31.8. \$ 3,086, 2.10. \$ 3,092, 31.10. \$ 3,098, 30.11. \$ 3,105, 2.1. \$ 3,113 und 31.1. \$ 3,124.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,7% auf 1.657,27, der Burcapindex um 1,7% auf 5.784,21 und **der Börsenindex um 1,6% auf 80.354,14.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 0,1% auf \$ 2,272.

Die Gold-, Devisen und Anlagenreserven der ZB betragen am 18.8.06 US\$ 26,98 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 50,32 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 27,01 Mrd. bzw. \$ 51,37 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 26,09 Mrd. bzw. \$ 50,64 Mrd., und ein Jahr zuvor US\$ 25,19 Mrd. bzw. \$ 40,83 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 22.8.06 123,4%.

Nach Beendigung der Urlaube in der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) am 6.9., soll Argentinien einen US\$ 50 Mio. Kredit für den Bau von 2 Beobachtungssatelliten erhalten. Am Programm unter der Federführung der argentinischen Co-nae (Comisión Nacional de Actividades Espaciales) werden Italiens Regierung und die NASA der USA beteiligt sein. Bei der letzten BID-Abstimmung hatten sich Italien und die USA der Stimme enthalten. Diesmal wird mit ihren Ja-Stimmen gerechnet. Bei der letzten Vorstandssitzung des BID, am 2.8.06, wurde über einen Kredit von

US\$ 580 Mio. für 1.220 km 500 kV Hochspannungsleitungen abgestimmt. Wegen der Tarifeinfrierung in Argentinien gab es Meinungsverschiedenheiten und die Billigung konnte mit knapp 55% der Stimmen, bei 45% Enthaltungen, erreicht werden. Diesmal wird die Billigung vorausgesetzt, da es um ein nicht konfliktives Vorhaben und einen geringeren Betrag geht. Trotz des Druckes der Unternehmen auf die G7-Regierungen wegen der Tarifrage stimmten das letzte Mal Spanien und Frankreich für Argentinien.

Die meisten Industrieunternehmen rechnen für 06 mit 5% bis 10% Produktionszunahme. Die grössere Kaufkraft der Bevölkerung und die Weiterführung des überhöhten Wechselkurses würden, so das vom Industrie- und Handelssekretariat abhängige CEP (Centro de Estudios para la Producción), zunehmende Absätze sichern. Mehr als 70% der Befragten grossen Unternehmen investieren oder planen Investitionen, um ihre Kapazitäten zu erhöhen. Diese 6. Umfrage bei Grossunternehmen wurde bei über 100 Firmen der Ernährungs-, Textil-, Papier-, Erdöl-, Petrochemie-, Kfz- und metallverarbeitenden Industrien durchgeführt. 75% derselben sehen grössere Produktionen vor, mehr als 55% von über 5%. 80% rechnen mit einem grösseren Inlandsabsatz und 50% mit grösseren Ausfuhren. 75% der Unternehmen erwarten eine Zunahme ihrer Belegschaften, 9% eine Verringerung.

Die kanadische Petrolifera Petroleum erhielt den Zuschlag des Blocks 1 des Salinas Grandes Vorkommens in der Provinz La Pampa. Sie übertraf ein Angebot an dem die Wertheingruppe beteiligt war. Die amtliche Mitteilung wird in 30 Tagen erwartet. Der 4.280 qkm grosse Block schliesst an den Rinconada Block an, der von Petrolifera ausgebeutet wird und ein Teil der Puesto Morales/Rinconada Konzession in der Provinz Rio Negro ist. Petrolifera hat sich verpflichtet, in den kommenden 3 Jahren US\$ 6,5 Mio. in Erschliessungsarbeiten in diesem als Randgebiet angesehenen Block zu investieren. In ihm wurde bis jetzt nur eine Versuchsbohrung durchgeführt, die ergebnislos blieb. Auch soll nicht tiefer als 1.000 m gebohrt werden. Petrolifera fördert derzeit 7.000 Barrel/Tag Erdöl und geringe Gas mengen.

Durch die zunehmende Ausgabe von Lebac- und Nobacwechsellern wird die ZB 06 mehr Ausgaben als 05 haben. 06 werden die Zinserträge der Reserven von rd. US\$ 1 Mrd., entsprechend rd. 4,4%, einen Teil der zusätzlichen Ausgaben ausgleichen. Die grössere Rendite der ZB ist schwerpunktmässig das Ergebnis höherer Zinssätze. 06 ist die Rendite der US-Treasurybonds auf 2 Jahre von 4,4% auf 4,87% gestiegen, der US-Leitzins-

satz von 4,25% auf 5,25%. Da sich die ZB vor möglichen Pfändungen durch Prozesse von Inhabern defaultierter Bonds schützen muss, befinden sich die meisten ihrer Mittel in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, in Basel. Dadurch kann sie die Renditen ihrer Einlagen nicht optimieren, da sie weder Treasurybonds noch andere erstklassige Papiere kaufen kann. Wie ZB Präsident Redrado bekanntgab, sind rd. 78% der Reserven in Dollar angelegt, 9% in Euro, 5% in Gold, 3% in Pfund Sterling und 3% in Yen.

Das Mietwohnungsangebot, das vom 4. Quartal 05 zum 1. Quartal 06 um 20% zurückgegangen war, nahm im 2. Quartal wieder zu. Es wurden 4.698 Wohnungen angeboten, um 12% mehr als im Vorquartal. Wie die Beraterfirma Reporte Inmobiliario bekanntgab, wurden im 2. Quartal 06 um 26% mehr Wohnungen angeboten, als im gleichen Vorjahresquartal. Bei den am meisten gefragten Wohnungen betrug die Zunahme 32,7%. Die angebotenen Wohnungen kamen meist von kleinen und mittelständischen Anlegern in Hochhäusern, die ab 04 gebaut und jetzt übergeben wurden. Auch der Kauf von Häusern zum Weitervermieten nahm zu.

Die argentinische Stahlindustrie kann jetzt Walz- und andere Produkte zollfrei nach Mexiko liefern. Das könnte zusätzliche Ausfuhren für US\$ 200 Mio. bedeuten. Im Gegenzug kann Mexiko Küchenherde und Durchlauferhitzer zollfrei nach Argentinien liefern. Die Massnahme, die den gegenseitigen Warenaustausch um US\$ 500 Mio. in Jahr erweitern könnte ist Ergebnis des als ACE6 (Acuerdo de Complementación Económica) bekannten Abkommens. Es wurden 44 neue Produkte eingegliedert, mehr als die Hälfte von der Stahlindustrie.

Das Bergbauunternehmen Minera Santa Cruz (51% der peruanischen MHC und 49% der kanadischen Minera Andes) erhielt von der australischen McQuarie Bank ein Darlehen von US\$ 55 Mio. für die Gold- und Silberausbeutung im San Jose Vorkommen, das im 1. Quartal 07 fördern wird. Minera Santa Cruz rechnet mit 61.000 Unzen Gold und 3,1 Mio. Unzen Silber im Jahr durch 10 Jahre.

Im 1. Quartal 06 hat Argentinien die Million Internet-Breitband-

anschlüsse überschritten. Im 2. Quartal kamen 160.000 dazu, so dass bis Jahresende mit über 1,5 Mio. gerechnet werden kann, wie die Beraterfirma Convergencia Research veröffentlichte. Im 1. Quartal betrug die Zunahme 110.000 Anschlüsse, gegen 60.000 im gleichen Vorjahreszeitraum. Die wichtigsten Standorte seien Buenos Aires Stadt, Rosario, Santa Fe, Córdoba und Mendoza.

Die Provinz La Rioja hat die Erdölerschliessung in 3 Risikogebieten international ausgeschrieben. Es sind insgesamt 16.000 qkm. Die Umschläge würden in den ersten Dezembertagen geöffnet werden.

Die internationale Sheraton-Kette hat ein Hotelprojekt in Puerto Madryn, Provinz Chubut, auf einem vom Automobilklub zedierten Grundstück eingereicht. Die Investition würde US\$ 10 Mio. betragen, das 5Sternehotel 100 Zimmer haben. Es käme zu dem Hotel, dass die Firma Rayentray bereits baut, das im März 07 eröffnet werden soll.

Agroat, die Marke für Produkte für die Landwirtschaft, die von dem Molkereunternehmen Milkaut in Verbindung mit der niederländischen Alimental entwickelt wurde, beginnt die Produktion von Salzen für die Tierernährung. Die Erzeugung wird in dem Werk für ausgewogenes Trockenfutter in Colonia La Nueva, Provinz Santa Fe, beginnen. Exportmärkte sind bereits gesichert.

Die 500 kV Hochspannungsleitung zwischen Formosa Stadt und Bastiani, Provinz Chaco, wird einschliesslich der Trafostation US\$ 60 Mio. kosten. Die von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) und der Nationalregierung finanzierten Arbeiten sollen gegen Jahresende anlaufen. Sie sind Teil der Stromversorgung Nordost-Nordwest und werden das Stromangebot in der Provinz Formosa versechsfachen.

Die Provinzregierung von Santa Cruz bestätigte, dass sie aus zwischen Mai 04 und Juni 06 falsch verrechneter Erdölgebühren von Repsol YPF US\$ 65 Mio. zu erhalten hat. Die Anzahlung werde US\$ 40 Mio. betragen. Nach der Bewilligung durch das Provinzparlament werden US\$ 25 Mio. davon in öffentliche Werke für die Erziehung, Sport und Kultur investiert.

PERSONALNACHRICHTEN

Geburten

Yannick Mayo, am 18.7.

Todesfälle

Mercedes (Mädy) E.M. Kuhlmann geb. Mallmann, 84, am 18.8.

Elfriede Rottmann geb. Csallner, 84, am 19.8.

Max Zuppinger, 69, am 23.8.

Walter Salomon

Geburtstage im September im

Altersheim „Los Pinos“

Maute René, 101, am 3. Carstens Luisa, 97, am 6. von Zitzenwitz Jutta, 82, am 8. Ehrhorn Elizabeth, 97, am 12. Linder Hildegard geb. Steine, 92, am 13. Hammerer Liliana, 56, am 19. Espinosa Marta, 81, am 21. Arndt Ursula, 87, am 23. Uhle Margot, 71, am 26.

Todesfälle im

Altersheim „Los Pinos“

Engel Hilde, 88, am 29.7; Gomez Pizarro Marta, 86, am 4.8; Erdmann Ruth, 89, am 12.8; Hammerer Ruth, 89, am 16.8.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

stiert werden.

Im 1. Halbjahr 06 haben die Einfuhren von Kunstdünger und Chemikalien für die Landwirtschaft im Vorjahresvergleich um 7,4% auf US\$ 443 Mio. zugenommen, wie die Beraterfirma IES mitteilte. Die grössten Zunahmen fanden bei Kunstdünger statt, während bei Unkraut- und Insekten- und Pilzbekämpfungsmitteln Zu- und Abnahmen verzeichnet wurden. Am meisten nahm die Einfuhr der sogenannten Mehrfachdüngemittel, die Stickstoff, Phosphor und Kalium enthalten, um 38% auf US\$ 150 Mio. zu. Die Einfuhren von Phosphat-Kunstdünger, der im Inland erst in einer Woche hergestellt wird, wenn die Cargillfiliale Mosaic ihr neues Werk in Rosario in Betrieb nimmt, nahmen 06 um 12% zu, die des meistgebrauchten Stickstoff-Kunstdüngers um 4,7%. Bei den Landwirtschaftskemikalien ging die Einfuhr von Pilzbekämpfungsmitteln um 63% zurück, von Glifosat und seinem Salz um 21%, während die anderer Unkrautvertilgungsmittel um 16%, und die von Insektenvertilgungsmitteln um 25% zunahm.

Blotting Argentina, die in Cordoba Stadt Gipsplatten für den Feuchtigkeitsschutz von Mauern herstellt, investiert \$ 36 Mio. in ein neues Werk in der Provinz Santiago del Estero. Es sollen 50x50 cm Trennplatten und feuerfeste Zimmerdecken (zum ersten Mal im Inland) gefertigt werden. Das neue Werk soll 20.000 Platten/Tag herstellen, gegen 8.000 der beiden Fabriken in Cordoba. Das bedeute einen Aufwand von 900 t Gips im Monat, die in den Steinbrüchen von San Pedro de Guasayán und Los Cerrillos gewonnen werden. Das Unternehmen hat das Industrieförderungsgesetz der Provinz genutzt, das Rückerstattungen von 30% der Investition und Befreiung von lokalen Steuern bietet.

Während der Winterferienzeit haben 2,7 Mio. In- und Auslandsbesucher die verschiedenen Fremdenverkehrsorte des Landes besucht. Wie Fehgra, der Verband der 7.000 Hotels und 33.000 Gaststättenbetriebe vereint, rechnet, haben sie dabei, bei einer durchschnittlichen Hotelbelegung von 53% und durchschnittlich 3 Übernachtungen, \$ 589,55 Mio. ausgegeben. Fehgra betont, dass die Branche in diesem Jahr durch die Verschiebung der Urlaubstage in den Provinzen begünstigt wurde, da mehr Besucher durch längere Zeit empfangen werden konnten. Der Verband betonte erneut, dass die ungenügenden Inlands-Flugverbindungen in Städten wie Calafate und Ushuaia nicht wiedergutmachende Verluste verursacht haben.

Mehr als ein Jahr nachdem SCP (Sociedad Comercial del Plata), das Holding der Soldatgruppe, 100% von Ertach, vormals Millicom, übernahm, konnte sie eine vorläufige Verkaufsabsicht derselben an die

mexikanische Telmex von Carlos Slim abschliessen. In der Vorwoche wurde der durch 120 Tage gültige Absichtsbrief unterschrieben. Der Preis von US\$ 22,5 Mio. würde für SCP einen Gewinn von \$ 44 Mio. bedeuten.

Die Regierung arbeitet an den Einzelheiten eines Dekrets, das Sozialwerke und private Krankenkassen von der Schecksteuer befreit und ihnen gestattet wurde, MwSt-Gutschriften für die Zahlung anderer Steuern einzusetzen. Damit sollen neue Beitragserhöhungen vermieden werden. Die Steuerbegünstigungen sollen Teil der in Vorbereitung befindlichen Neureglementierung der Tätigkeit sein, wie Äusserungen des Vorsitzenden der Überwachungsbehörde der Gesundheitsdienste, H. Capaccioli, zu entnehmen war.

Das Nationalinstitut für Landwirtschaftstechnik (Inta) pflanzt in 4 Gebieten der Provinz San Juan, San Martín, Pocito, Jáchal und Sarmiento, Zuckerrüben, um sie als Ausgangsmaterial für einen Biokraftstoff zu prüfen. Der Versuch soll ein Jahr dauern um festzustellen, wie sich Zuckerrüben in verschiedenen Erden entwickeln und welchen Gehalt an Zucker, aus dem Ethanol gewonnen werden soll, sie bieten.

Bei den Exporten vom Juli 06 lagen verarbeitete landwirtschaftliche Produkte (Hauptsächlich Speiseöl und Mehl aus Osaat) mit u\$ 1,3 Mrd. an erster Stelle, gefolgt von reinen Industrieprodukten mit u\$ 1,23 Mrd., Rohstoffen (Landwirtschaft und Bergbau) mit u\$ 646 Mio., und Brennstoffen und Energie mit u\$ 618 Mio. Die stärkste Zunahme gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat fand mit 21% bei reinen Industrieprodukten statt. Hier wirkten sich vornehmlich die Exporte von Automobilen und Lastwagen nach Brasilien aus. Brennstoffe und Energie hatten eine Zunahme von nur 6%, die rein preisbedingt war. Gesamthaft lagen die Ausfuhren um 6% über Juli 05, während sie in 7 Monaten eine Zunahme von 12% verzeichnen.

Die Importe lagen im Juli um 15% über dem gleichen Vorjahresmonat, wogegen sie im ersten Halbjahr um 15% gestiegen waren, so dass eine Beschleunigung der Zunahme stattfand. Kapitalgüterimporte lagen im Juli mit u\$ 720 Mio. um 32% über dem Vorjahr, Konsumgüter mit u\$ 312 Mio. lagen um 23% höher, Güter für die industrielle Weiterverarbeitung mit u\$ 998 Mio. um 14% höher, Kfz mit u\$ 155 Mio. um 23% höher und Ersatz- und Zubehörteile von Maschinen und Anlagen mit u\$ 480 Mio. um 22% höher.

Nach einer Regierungsvorlage soll privaten Krankenkassen nicht mehr gestattet werden, in Verträgen mit ihren Mitgliedern Anfangszeiten festzulegen, in denen gewisse Krankheiten von der Dienstleistung

Staatskasse mit hohem Überschuss

Der primäre Kassenüberschuss des Nationalstaates, also vor Abzug der gezahlten Zinsen, lag im Juli mit \$ 251,4 Mio. um 13,7% über dem gleichen Vorjahresmonat, wobei der finanzielle Überschuss, nach Abzug der Zinsen, mit \$ 145 Mio. um 8,6% höher lag. In 7 Monaten lag der primäre Überschuss mit \$ 14,67 Mrd. um 9,4% über der gleichen Vorjahresperiode und um 20% über dem Plansoll für die Periode. Der Überschuss erreichte schon 75% des für ganz 2006 mit \$ 19,6 Mrd. vorgesehenen.

Die laufenden Einnahmen lagen im Juli mit \$ 2,8 Mrd. um 26,3% über dem Vorjahr, wobei die Steuereinnahmen um 20,4% und die Beiträge zum sozialen System um 42,2% höher lagen. Die laufenden Ausgaben lagen mit \$ 2,36 Mrd. um 28,9% über dem Vorjahr. Im Einzelnen stiegen die Gehälter mit \$ 326,2 Mio. um 29,5%, Güter und Dienstleistungen mit \$ 108,4 Mio. um 34,8%, Zinsen der Staatsschuld mit \$ 106,4 Mio. um 67,6%, Renten u.a. mit \$ 423,6 Mio. um 37,7%, Überweisungen an Provinzen und die Stadt Buenos Aires mit \$ 639,2 Mio. um 21,4% und Überweisungen an Universitäten mit \$ 127,5 Mio. um 45,1%. Kapitaleinnahmen lagen mit \$ 1,9 Mio. um 26,4% über dem Vorjahr, und Kapitalausgaben mit \$ 296,3 Mio. um 37,4% höher.

In 7 Monaten lagen die Einnahmen mit \$ 88,08 Mrd. um 22,5% über dem Vorjahr und die Ausgaben mit \$ 78,22 Mrd. um 21,6% höher. Die Ausgaben sind somit weniger stark als die Einnahmen gestiegen. Der Präsident hat vor Kurzem die Anweisung erteilt, dass die Zunahme der Staatsausgaben die der Einnahmen nicht übersteigen darf. Da die Staatsbuchführung auf Kassenbasis fusst, bedeutet das, dass die Zahlung bei bestimmten beschlossenen Ausgaben, vornehmlich für öffentliche Arbeiten, dann nicht termingemäss erfolgt, was allerlei Schwierigkeiten mit sich bringt und die Objekte, um die es geht, schliesslich verteuert.

ausgenommen sind. Auch dürfen sie keine Beitrittsanträge aus Altersgründen zurückweisen. Wird ein Mitglied nach 10 Jahren Beitragszahlungen über 65 Jahre, dürfen keine Erhöhungen aus Altersgründen erfolgen. Derzeit besteht noch Unternehmerfreiheit, nur gewisse Dienstleistungen die auch in Sozialwerken Pflicht sind, wie die PMO (Prestación Médica Obligatoria), müssen von allen geboten werden. Die Gesetzesvorlage befindet sich bereits im Abgeordnetenhaus und schliesst private und gemeinnützige Krankenkassen, praktisches Gemeindespitaler und gewisse Sozialwerke die Zusatzdienste bieten, ein. Es soll eine ständige Kommission aus Überwachungsämtern für Gesundheitsdienste und dem Verbraucherschutz geschaffen werden, die ermächtigt ist, Gebührenerhöhungen zu bewilligen oder abzulehnen.

Die Regierung hat die Mitglieder privater Krankenkassen aufgefordert, Erhöhungen der Monatsbeiträge nicht zu zahlen. Der zuständige Gesundheitsdienstbeamte, H. Capaccioli, erklärte, wenn erhöhte Rechnungen kämen, soll Anzeige erstattet und der bisherige Beitrag bezahlt werden. Die privaten Krankenkassen haben 2,5 Mio. Mitglieder. Einige Kassen hätten Beitragserhöhungen von 5% bis 10% ab November angekündigt. Andere, die bereits im Juni höhere Beiträge gefordert haben, würden ab September erhöhen, da erst 60 Tage nach der Ankündigung mehr berechnet werden kann. Die Kassen stehen auf dem Standpunkt, dass das Mitglied, wenn es nicht mehr zahlen will,

in eine niedrigere Kategorie absteigen oder Zusatzbeiträge für Dienstleistungen zahlen muss.

Brasiliens Regierung hat in Buenos Aires eine Liste von Importeuren bekannt gegeben, um Lieferungen südamerikanischer Erzeugnisse nach Brasilien zu fördern. Auch bot sie an, Käufe aus Drittmärkten durch argentinische Erzeugnisse zu ersetzen. Am 6.9. würde das selbe Angebot in Montevideo gemacht werden. Brasiliens Liste enthält rd. 5.300 Importeure die Waren für über US\$ 100.000 im Jahr einführen und insgesamt 80% der Einfuhren Brasiliens tätigen.

Die Immobilienkäufe in Buenos Aires Stadt betrug im Juli um 27% mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Geschäfte war nur um 3,4% grösser, wie die Notariatskammer der Stadt mitteilte. Es wurden 6.186 Käufe für \$ 1,06 Mrd. durchgeführt. Im Vormonat waren es 6.202 für \$ 1,07 Mrd. gewesen.

Arbeitsminister Tomada erklärte, die Regierung erwäge keine Änderung des Rentensystems, wie sie der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes CGT, H. Moyano, vorgeschlagen hat. Er hatte gefordert, dass

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

Expansiver Tourismus im Inland

Im ersten Halbjahr 2006 erreichten die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr US\$ 1,06 Mrd., um 23,1% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum, wie Unterstaatssekretär Daniel Aguilera anlässlich der Vorstellung der Umfrage über Internationalen Fremdenverkehr (ETI), der die Bewegung und Ausgaben nicht im Inland ansässiger Reisender misst, erklärte. Die Ankünfte im internationalen Flughafen von Ezeiza waren im Vergleichszeitraum um 19,6% mehr.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigten auch, dass der durchschnittliche Aufenthalt der 445.302 Auslandsreisenden von 11,6 auf 13,2 Übernachtungen zugenommen hat. Für diese Angabe wurden die 2. Quartale 2005 und 2006 verglichen. Im 1. Jahresdrittel 2006 wurden 17.568.461 Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Betrieben verzeichnet, um 17% mehr als vor einem Jahr.

Die Investitionen in Fremdenverkehrsbetriebe betragen nach Angaben des Unterstaatssekretariates im Jahr 2005 US\$ 152 Mio., 74% davon von internationalen Hotelketten. Im Jahr 2006 erfolgten die wichtigsten Investitionen der Branche in Buenos Aires Stadt, der Provinz Misiones und Patagonien, mit Neueröffnungen für US\$ 94 Mio. Im Moment befänden sich über 200 Hotels im Bau, mit einer Gesamtinvestition von US\$ 566 Mio., vorwiegend entlang des Paraná und in Patagonien.

Der Unterstaatssekretär bezog sich auch auf die Terminverschiebungen der Winterurlaube, die sehr vorteilhaft seien, da sie gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme des Fremdenverkehrs von 5,2% bewirkt hätten.

Mitglieder privater Rentenkassen wieder in das staatliche System zurückkehren können und dass jene, die sich für kein System entschieden haben, automatisch in das staatliche eingegliedert werden.

Der Gebrauchtwagenverkauf erreichte in den ersten 7 Monaten 06 695.596 Kfz, um 19,73% mehr als vor einem Jahr. Wie die Kammer der Kfz-Händler (CCA) weiter bekanntgab, wurden im Juli 109.032 Gebrauchtwagen gehandelt, um 23% mehr als im Vorjahresjuli.

Der Leiter des Amtes für soziale Sicherheit (ANSeS), Sergio Massa, befürwortet eine Anpassung der Renten von über \$ 1.000 monatlich, die der Oberste Gerichtshof befohlen hat, gemäss den Einnahmen des Systems und nicht gemäss dem Index der Konsumentenpreise oder einem Lohnindex, wie es verschiedene Deputierte vorgeschlagen haben. Das ANSeS weist gegenwärtig einen Überschuss auf, der jedoch in den kommenden Jahren durch die unlängst verfügte Pensionierung von Personen, die die Altersgrenze erreicht haben, jedoch nur einen Teil oder gar keine Beiträge geleistet haben, belastet wird. Abgesehen davon nehmen die Einnahmen des staatlichen Rentensystems ständig ab, weil die neuen Arbeitnehmer zum privaten System beitragen, während die neuen Rentner mehrheitlich dem staatlichen System zur Last fallen. Nur wenn es gelingt, die hohe Hinterziehung und Säumigkeit stark zu verringern, kann ein Überschuss geschaffen werden, der eine bedeutende Erhöhung der Pensionen und Hinterbliebenenerenten von über \$ 1.000 erlaubt. Es besteht die Absicht, dass der Kongress die Form der Rentenerhöhung vor dem 15. September be-

schliesst, sei es, dass er sie in ein Gesetz kleidet oder dem Haushaltsgesetz für 07 einverleibt.

Auch der 2. Zwangsversteigerungsversuch der in Konkurs geratenen Autobus-Karosseriefabrik El Detalle ist gescheitert. Keiner der Interessenten für die 80.300 qm grosse Anlage erwarb das Lastenheft, was eine Auflage des zuständigen Richters war. El Detalle wurde 1953 von Gine De Zuane und Antonio Franchini gegründet und 04 mit Passiven von \$ 101,8 Mio. geschlossen.

Die Regierung hat die Ausfuhrsteuer auf Kuhmilchprodukte um 5 Punkte verringert. Trockenmilch wird jetzt statt mit 15% mit 10% belastet, Käse statt mit 10% mit 5%. Zum ersten Mal seit den Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Landwirtschaft hat die Regierung nachgegeben und ist auf die seit 2 Monaten vorgetragenen Beschwerden der Milchbauern über den um 5 Centavos geringeren Milchpreis, den ihnen die verarbeitende Industrie zahlt, eingegangen.

Private Krankenkassen haben dem Binnenhandelssekretariat einen detaillierten Bericht über ihre Kostenstruktur übergeben. Er schliesst Bilanzen der wichtigsten Kassen ein. Der Selbstkostenbericht betont die Preiserhöhungen importierter Produkte, der Diagnosegeräte und der Löhne und Gehälter, besonders durch das letzte Abkommen mit der zuständigen Gewerkschaft.

Die Provinz Buenos Aires will ihren Haushaltsplan 06 um \$ 1,6 Mrd. auf \$ 24 Mrd. erweitern. \$ 800 Mio. davon sollen durch neue Schuldauf-

Miceli schlägt Reformen des IWF vor

Anlässlich eines Seminars, das am Mittwoch im Marriot-Plaza Hotel stattfand, an dem etwa 300 Unternehmer, Wirtschaftler u.a. teilnahmen, äusserte Wirtschaftsministerin Felisa Miceli Kritik am Internationalen Währungsfonds und machte Reformvorschläge, die bei der nächsten Jahreskonferenz der Institution in Singapur vorgebracht werden sollen. Konkret handelt es sich um folgendes:

Der IWF soll automatische Kredite gewähren, die an keinerlei Bedingungen gebunden sind, also ohne „Stand by-Abkommen“. Wenn ein Land in eine Krise gerät, soll es praktisch sofort zu diesen Mitteln Zugriff haben, mit einem einfachen Amtsweg.

Der IWF soll Garantien für die Ausgabe von Bonds der Mitgliedstaaten erteilen. Dies wäre für Argentinien besonders wichtig, da das Land sonst keinen Zugang zum internationalen Finanzmarkt hat, oder auf alle Fälle nur zu hohen Zinsen. Mit IWF-Garantie würden diese stark zurückgehen.

Der IWF soll sich bei anderen internationalen Institutionen beraten, bevor er eine Meinung über ein Gebiet abgibt, die nicht spezifisch das seine ist. Wenn er sich z.B. über Arbeitspolitik äussert, soll er vorher die internationale Arbeitsorganisation fragen.

Der IWF soll zu seiner Essenz zurückkehren und seine Rolle als Kreditgeber letzter Instanz aufnehmen.

Die Formel des Beitrags der einzelnen Staaten zur Berechnung der Quoten beim IWF soll revidiert werden. Staaten mit zunehmendem Gewicht in der Weltwirtschaft, wie China und Indien, müssten als Mitglieder aufgenommen werden. Ausserdem soll die Berechnung der Quoten auf dem effektiven BIP, gemessen an der internen Kaufkraft, beruhen. Argentinien werde sich auf alle Fälle der Quotenerhöhung zur Finanzierung des IWF widersetzen.

gen aufgebracht werden. Sollte der neue Plan angenommen werden, würde sich die Provinz in ihrem laufenden Geschäftsjahr um rd. \$ 3,3 Mrd. verschuldet haben.

Vor Jahresende will die Provinzregierung von Córdoba Erdölerschliessungen und -förderungen in den Becken General Lavalle, Mar Chiquita, Justiniano Posse und Monte White international aus-schreiben. Langjährige Forschungsarbeiten rechtfertigten die Erwartung, in der Provinz Erdöl und -gas zu finden. Bei den heutigen Rohölpreisen wären die erwarteten Vorkommen rentabel.

Die gesetzgebende Körperschaft von Buenos Aires Stadt hat die vorübergehende Aufnahme von von 3.000 Arbeitnehmern in die Stadtverwaltung ab 07 beschlossen. Ihr Monatsgehalt würde \$ 1.000 betragen. Es sind Begünstigte des Planes für arbeitslose Familienoberhäupter, die derzeit für \$ 150 im Monat für die Stadtverwaltung tätig sind.

Das Bankensystem weist eine höhere Konzentration auf: zum 30.6.06 entfielen 73,9% der Depositen des gesamten Systems auf die 10 grössten Banken, gegenüber 71,8% ein Jahr zuvor. Wenn man die Käufe von Banken berücksichtigt, die bisher nicht zu Fusionen geführt haben, liegt der Koeffizient weit über 75%. Die 20 grössten Banken konzentrieren 89,6% der Depositen. Somit entfallen auf die restlichen 70 Banken von insgesamt 90 nur 10,4% der Depositen. Die meisten dieser kleineren Banken sind im We-

sen eher Finanzgesellschaften als echte Banken. Die Banco Nación konzentriert 26,7% des Systems, hat jedoch nur eine Beteiligung von 13,3% an den Krediten. Die Bank weist eine überschüssige Liquidität von \$ 12 Mrd. auf, die jetzt für Hypothekarkredite eingesetzt werden soll. Während die Depositen des gesamten Bankensystems in 12 Monaten zum 30. Juni um 23% gestiegen sind, nahmen die Kredite um 35% zu, was darauf zurückzuführen ist, dass der Staat die Banken weniger beansprucht hat.

Die Regierung hat die 2. Etappe eines Planes zur Lösung des Mietproblems begonnen, der in der kommenden Woche bekannt gegeben wird. Die offiziellen Banken Nación, Provincia und Ciudad werden Hypothekenkredite mit wesentlich verringerten Zinssätzen und bedeutend verlängerten Laufzeiten anbieten. Das soll die privaten Banken zu ähnlichen Angeboten veranlassen. Der amtliche Plan soll am 1.9. veröffentlicht werden. Lesarten zufolge sollen Laufzeiten von 30 Jahren und Jahreszinssätze von unter 12% vorgesehen sein. Wie die Zinsen zu subventionieren sind, steht noch offen.

Präsident Kirchner hat mit dem Gouverneur von Córdoba ein Abkommen über die Kapazitätserweiterung der provinzeigenen E-Werke Pilar und Francisco Bazán unterzeichnet. Für die rd. Verdoppelung der Leistungen um 430 MW wird der Staat \$ 750 Mio. und die Provinz \$ 150 Mio. aufbringen. Von der zusätzlichen Leistung sollen 110 MW bereits im September 07 zur Verfügung stehen.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Die strukturelle Arbeitslosigkeit

Das Statistische Amt (INDEC) hat den Koeffizienten der Vollarbeitslosigkeit für das 2. Quartal 2006 mit 10,4% der aktiven Bevölkerung (diejenigen, die eine Beschäftigung haben, plus diejenigen, die eine suchen) errechnet, die in Wirklichkeit 12,8% sind, da noch 2,4 Punkte hinzukommen, die auf Bezieher der Subvention für Familienoberhäupter entfallen, die theoretisch eine Arbeit verrichten, in Wirklichkeit jedoch wenig oder gar nichts tun. In den letzten 12 Monaten ist die Arbeitslosigkeit um 1,7 Punkte gefallen. Seit dem Höchstpunkt, der im 1. Quartal 2003 mit 21% erreicht wurde (27% mit Sozialplänen), ist ein ständiger Fortschritt erzielt worden. Dennoch fehlt noch viel bis zu Koeffizienten um 5%, die man als normal betrachten kann.

Allein, am Anfang dieser Erholungsperiode stieg die Beschäftigung für jeden Punkt der Zunahme des Bruttoinlandproduktes um etwa 1%, und jetzt sind es nur noch 0,68%. Im 1. Quartal 2006 lag dieser Koeffizient bei 0,48%. Die mittelfristige Tendenz ist auf alle Fälle abnehmend. In der ersten Periode der Erholung aus der tiefen Krise von 2001/02 ging es nur darum, die Unternehmen mit mehr Beschäftigten wieder in Gang zu setzen, während jetzt Investitionen notwendig sind, wobei dabei auch arbeitssparende Investitionen stattfinden, die zu weniger Arbeit pro Produkteinheit führen. Die Informatik bringt eine Ersparnis menschlicher Arbeit mit sich. Sie dringt nicht nur in die Verwaltung und die Produktionsverfahren ein, sondern auch in die Maschinen selber. Der Übergang zu arbeitssparenden Verfahren wird durch die jüngsten Reformen der Arbeitsgesetzgebung und die aggressive Haltung der Gewerkschaften gefördert, die die Regierung duldet, was den Einsatz menschlicher Arbeit kontinuierlich verteuert und kapitalintensive Produktionsmethoden wirtschaftlicher macht.

In den letzten 12 Monaten zum Juni 2006 wurden 750.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, wobei auch viele verloren gingen, so dass die Zahl der Vollarbeitslosen in dieser Periode netto nur um 160.000 zurückgegangen ist. Hier spielt auch der Umstand eine Rolle, dass die aktive Bevölkerung um 2,4 Punkte auf 46,7% der Gesamtbevölkerung gestiegen ist,

was bedeutet, dass mehr Menschen sich um eine Arbeit bemühen. Der Koeffizient der Beschäftigung lag indessen mit 41,8% nur um 0,5% über dem Vorjahr. 1,5 Mio. Menschen verbleiben ohne Arbeit. Zählt man die Unterbeschäftigten hinzu, so sind es 2,5 Mio. Menschen, die Beschäftigungsprobleme haben, die 22,4% der aktiven Bevölkerung darstellen. Das sind 2,4 Punkte weniger als ein Jahr zuvor. Im 1. Quartal 2003 waren es 38,1%.

All diese Zahlen ergeben sich aus einer Erhebung bei etwas über 10.000 Familien in 28 Städten und deren Umgebung. Das Ergebnis wird dann auf die ganze Bevölkerung hochgerechnet und ist daher höchst ungenau. In ländlichen Gegenden ist die Vollarbeitslosigkeit gering, eben weil die Arbeitslosen in die Städte abwandern. Dafür besteht dort eine hohe Unterbeschäftigung, wobei viele, die weniger als 35 Wochenstunden arbeiten und somit statistisch als unterbeschäftigt eingestuft werden, dies als normal empfinden. Sie haben eine andere Lebensphilosophie. Wenn auf dem Land weniger Arbeitslosigkeit besteht, dann überschätzt die Hochrechnung des Ergebnisses der städtischen Ballungszentren das Resultat. Abgesehen davon, haben viele, die sich als vollarbeitslos angeben, in Wirklichkeit eine unregelmässige Teilbeschäftigung. Die Beamten, die die Erhebung durchführen, haben gar keine Zeit, um tiefer in jeden Fall einzugehen.

Der Arbeitsmarkt weist in letzter Zeit immer mehr die Eigenart auf, dass auf der einen Seite die Unternehmen klagen, weil sie keine Arbeitskräfte finden, die ihren Forderungen genügen, während auf der anderen Seite viele Personen keine Arbeit finden. Ohne dieses strukturelle Problem wäre die Arbeitslosigkeit geringer. Die moderne Wirtschaft fordert eben mehr, was sich nicht nur auf bestimmtes Fachkönnen bezieht, sondern auf das allgemeine Niveau der Kenntnisse und Verhaltensweisen.

Hier kommt das Erziehungsproblem zum Ausdruck. Zwar gibt es kaum noch Analphabeten, doch die Kenntnisse, die die Schulen vermitteln, vor allem in ärmeren Gegenden des Landesinneren, sind meistens ungenügend für die moderne Welt. Erziehungsmini-

ster Filmus hat das Problem erkannt und bemüht sich in diesem Sinn, u.a. indem er die Schulen mit Computern ausstattet. Dieses Jahr sollen es insgesamt 50.000 sein, und nächstes Jahr noch einmal so viele.

Allein, eine echte Lösung erfordert, dass die Lehrkräfte besser ausgebildet werden, u.a. auch damit sie die Computer in ihre Tätigkeit integrieren können, was allein schon eine wahre Revolution bedeuten würde. Die Lehrer sollten einen Monat ihrer langen Ferien opfern, um Fortbildungskurse zu besuchen, wobei sie dann auch einen Gehaltszusatz erhalten sollen. Das war der ursprüngliche Sinn des „Erziehungsfonds“, der 1998 geschaffen wurde. Die Lehrgewerkschaft widersetzte sich jedoch diesem Projekt, so dass es schliesslich versandete und der Fonds in einer allgemeinen Gehaltserhöhung endete. Andererseits wurde in letzter Zeit die Tätigkeit der technischen Schulen gefördert, was sehr positiv, aber ungenügend ist.

Das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit ist so schwerwiegend, dass viel mehr getan werden muss, will man die hohe Arbeitslosigkeit plus hoher Schwarzarbeit und hohen Armutskoeffizienten in einer vernünftigen Zeitspanne überwinden. Zu diesem

Kreditsubventionen für kleine und mittlere Unternehmen

Ende der Vorwoche kündigte das Wirtschaftsministerium die Bildung eines Fonds von einer Milliarde Pesos an, der für die Subvention von Zinsen für Bankkredite an kleine und mittlere Unternehmen eingesetzt werden soll. In den letzten drei Jahren sind schon \$ 800 Mio. für diesen Zweck aufgewendet worden, und seit August 2003 fanden 21 Ausschreibungen statt, bei denen es um Kreditkontingente von insgesamt \$ 1,15 Mrd. ging. Das System wurde 1994 geschaffen und ist einige Jahre weitergeführt worden, bis es der Notwendigkeit zum Opfer fiel, die Staatsausgaben einzudämmen. Der hohe Budgetüberschuss, der gegenwärtig besteht, lässt jenes Ziel jetzt weniger wichtig erscheinen, was angesichts der zusätzlichen Staatsgaben, die ununterbrochen geschaffen werden und in naher Zukunft offen zum Ausdruck kommen werden, gefährlich ist. Es mutet sonderbar an, dass hier Kredite subventioniert werden, während Ministerin Miceli bei Hypothekarkrediten für

Zweck bedarf es der Sozialassistenten, von denen es nur wenige gibt, die sich mit spezifischen Aufgaben befassen, aber nicht mit dem Beistand an strukturell Arbeitslose, um ihnen zu helfen, sich in den Wirtschaftsprozess zu integrieren. Dabei gibt es Personen, die einfach krank sind und geheilt werden müssen, bevor sie beschäftigt werden können. Der Assistent muss sie ins Hospital bringen. Anderen muss der Assistent beibringen, dass sie bestimmte Ausbildungskurse aufsuchen, um bestimmte Berufe zu erlernen, an erster Stelle in der Baubranche. Oder, dass sie einfach eine normale Schule besuchen, um nachzuholen, was sie in ihrer Kindheit versäumt haben. Und dann muss ihnen der Assistent auch sagen, wo sie eventuell eine Arbeit finden können, und wie sie sich vorstellen und benehmen müssen. Ohne diese Hilfe sind viele nicht in der Lage, ihr Problem zu lösen. Allein, die Thematik der Sozialassistenten wird allgemein überhaupt nicht erwähnt; man hat den Eindruck, dass die zuständigen hohen Beamten gar nicht wissen, was Sozialassistenten in anderen Ländern leisten, so dass man nicht erwarten kann, dass das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit gelöst wird.

den Kauf von Eigenwohnungen eine Subvention dieser Art entschieden abgelehnt hat.

Diese verbilligten Kredite begünstigen eine dünne Schicht von mittleren Unternehmen, die Zugang zum Bankkredit haben. Die überwältigende Mehrheit der kleinen und auch mittleren Unternehmen ist faktisch vom Bankkredit ausgeschlossen. Sie finanzieren sich mit eigenen Mitteln und/oder mit Wucherkrediten, die sich ausserhalb des von der ZB kontrollierten Finanzsystems bewegen, weil die Darlehensgeber keine Ersparnisse von Dritten aufnehmen, sondern nur eigene Gelder verwalten. Die Zinsen sind hier viel höher als bei Banken, gelegentlich von über 100% jährlich, wobei es normalerweise um den Kauf von vordatierten Schecks geht.

Das Kernproblem, das die Wirtschaftsführung (diese und die vorangehenden) konsequent ignoriert, besteht darin, dass die Kleinunternehmen allgemein, und mittlere weitgehend, vom Banksystem ausgeschlossen sind. Cavallo hat

2001 einen kleinen Schritt unternehmen, um dieses Problem zu lösen, indem er die Scheckgesetzgebung flexibler gestaltete, so dass bei ungedeckten Schecks nicht sofort das entsprechende Konto auf fünf Jahre gesperrt wurde, und den Banken die Entscheidung in dieser Hinsicht übertragen wurde, wie es allgemein in der Welt üblich ist. Jetzt wollen die ZB-Bürokraten wieder zur alten Gesetzgebung zurückkehren und über Kontoschliessungen bestimmen, da angeblich zu viele ungedeckte Schecks bestehen. Ein Projekt über ein Dekret in diesem Sinn liegt schon vor. Sie haben das Grundproblem immer noch nicht verstanden, das darin besteht, dass sich viele Kleinunternehmen über vordatierte Schecks bei ihren Lieferanten finanzieren, und finanziell so stark angespannt sind, dass sie, wenn ihre Kunden nicht rechtzeitig zahlen, die Schecks nicht decken können. In der Regel zahlen sie dann mit Verspätung, was auch keine Tragödie ist.

Es ist durchaus richtig, dass den Banken die Entscheidung über Kontoschliessungen überlassen wird, es sei denn in Extremfällen, die das Gesetz vorsieht. Ein Banker sollte wissen, wann es sich um eine vorübergehende Schwierigkeit handelt und wann echte Zahlungsunfähigkeit oder Betrug vorliegt. Die ZB kann dies auf alle Fälle nicht unterscheiden, weil sie die konkreten Fälle in ihren Einzelheiten und Eigenarten nicht kennt. Hätte Argentinien ein normales Bankensystem, bei dem die Kreditmasse nicht bei 10% des BIP liegt, wie es effektiv der Fall ist, sondern bei 50% und mehr, wie in fortgeschrittenen Ländern, dann wären die Finanzen für kleine und mittlere Unternehmen einfacher, und sie müssten weniger zu vordatierten Schecks greifen, die die genannte Gefahr mit sich bringen. Die Megaabwertung von Anfang 2002, mit Pesifizierung und Depositeneinfrierung, hat in dieser Hinsicht zu einem starken Rückschritt geführt, da die Kreditmasse im Verhältnis zum BIP auf etwa die Hälfte der Konvertibilitätperiode gesunken ist.

Die überwältigende Mehrheit der Kleinunternehmen ist ganz oder zum grossen Teil ausserhalb des Bankensystems tätig. Das ist einmal eine Folge der Tatsache, dass sie weitgehend schwarz arbeiten und somit so weit wie möglich in bar kassieren und zahlen. Wollte man diese Unternehmen veranlassen, ihre Finanzen über Banken abzuwickeln, müsste zuerst eine

Weisswaschung eingeführt werden, bei der sie ihr Personal legal eintragen können, ohne die in der Vergangenheit nicht abgeführten Sozialbeiträge zu zahlen. Das müsste auch die Möglichkeit einschliessen, das Vermögen voll anzugeben, ohne dass dabei die Gewinnsteuer für den Vermögenszuwachs entrichtet werden muss. Wenn hier nicht grosszügig vorgegangen wird, bleibt die schwarze Wirtschaft eben schwarz. Für den Fiskus ist eine Lösung in diesem Sinn auf alle Fälle positiv, da diese Unternehmen ab Übergang in die Legalität Steuern und Sozialabgaben zahlen.

Darüber hinaus besteht noch ein weiter Grund für die kleinen und auch für viele mittlere Unternehmen, um ihre Beziehungen zu den Banken auf einen minimalen Stand zu halten oder sie ganz zu ignorieren. Bei Prozessen, die die AFIP anstrengt und auch bei Arbeitsprozessen, verfügen die Richter sofort, also vor dem Urteil, eine Beschlagnahme der Kontokorrentdeposits. Das stellt einen schweren Schlag für die Unternehmen dar, die dann nicht über diese Fonds verfügen können, so dass sie Gefahr laufen, zwangsläufig in Zahlungsunfähigkeit zu geraten. Um dieses Problem zu lösen, müssten Giro- und Sparkonten zumindest bis zu einem gewissen Betrag

von der Möglichkeit einer gerichtlichen Beschlagnahme ausgenommen werden. Wenn die Kleinunternehmen ihre liquiden Mittel in bar halten, wenn möglich schwarz, dann werden sie faktisch vom Zugriff der Richter ausgeschlossen. Dieses Verhalten wird durch die bestehende Gesetzgebung gefördert.

Wenn man die Hindernisse abschafft, die den Weg zahlreicher kleiner und mittlerer Unternehmen zu den Banken sperren, qualifizieren diese Unternehmen für Bankkredite, wobei die Banken dann auch Depositen dieser Unternehmen erhalten würden, so dass das ganze Bankensystem an Umfang zunehmen würde, was bitter notwendig ist. Diese Unternehmen könnten dann günstigere Finanzierungen erhalten, ohne dass das Schatzamt mit Subventionen einspringen muss. Allein, all dies ist Wunschdenken. Bürokraten, zu denen auch die gegenwärtige Wirtschaftsführung gehört, denken anders und wollen die Wirklichkeit nicht wahrhaben. Und deshalb erfinden sie sinnlose Zinssubventionen, die ein Tropfen auf den heissen Stein sind und einige wenige Unternehmen gegenüber den meisten anderen bevorzugen, was im Wesen unlautere Konkurrenz darstellt.

Welternten unter Nachfragedruck

In zehn Jahren von 1996 bis 2006 haben die grössten Welternten knapp weniger als 10% von damals 2,1 Mrd. t auf 2,3 Mrd. t zugelegt. Die Getreidebörse von

Buenos Aires berichtet hierüber in ihrem neuestem Jahrbuch, aus dem die nachfolgende Tabelle abgeleitet wurde.

Welternten 1996-2006 in Millionen Tonnen											
Getreidesorte	96/7	97/8	98/9	99/0	00/1	01/2	02/3	03/4	04/5	05/6	
Weizen	554	613	592	568	583	587	572	557	629	626	
Mais	587	589	614	605	593	599	604	640	724	692	
Reis	569	580	578	610	594	595	575	586	606	614	
Sojabohnen	132	144	160	157	161	176	180	189	204	209	
Sorghum	72	61	61	60	57	60	52	59	57	57	
Hafer	31	31	26	24	25	27	25	26	25	24	
Biergerste	15	15	12	13	13	14	13	14	15	13	
Roggen	22	24	20	20	19	23	20	14	17	15	
Hirse	28	27	29	26	26	28	24	33	27	27	
Vogelfutter	25	29	24	22	19	16	18	17	16	16	
Sonnenblumen	24	23	25	28	26	20	24	27	26	30	
Erdnüsse	31	29	34	31	34	35	33	35	35	36	
Zusammen	2.120	2.165	2.175	2.180	2.150	2.180	2.140	2.197	2.381	2.359	

Quelle: Bolsa de Cereales de Buenos Aires, Número Estadístico 2004 - 2005.

Die Welternten der vier grössten Getreidesorten und Ölfrüchte (Weizen, Mais, Reis und Sojabohnen) sowie der acht folgenden mit fühlbar geringeren Produktionen verhielten sich bemerkenswert stabil in acht Jahren von 1996 bis zum Agrarjahr 2003/04 mit 2,1 Mrd. t im Jahr. Nur in den beiden

letzten Agrarjahren 2004/05 und 2005/06 wurde eine Zunahme von rund 200 Mio. t verzeichnet. Sie beruhte auf leicht vermehrten Ernten von Weizen, Mais, Reis und Sojabohnen. Weizen, Mais und Reis sind traditionell weltweit massgebende Ernten, die für die Ernährung der Weltbevölkerung

von derzeit angenommenen 6,5 Mrd. Menschen sowie der Tiere (Geflügel, Schweine, Rinder und Schafe) als Futtermittel eingesetzt und als entsprechende Fleischsorten von Menschen verzehrt werden. Die übrigen Getreidesorten und Ölfrüchte weisen durchweg geringere Ernten aus, rund 250 Mio. t im Jahr der acht Sorten, und schwanken zudem selten bei relativ geringen Lagerhaltungen.

Die nur fast 10prozentige Zunahme der Welternten in den beiden letzten Jahren entspricht etwa dem Bevölkerungszuwachs im besagten Jahrzehnt um angenommene 500 Mio. Menschen. Bezogen auf die Bevölkerung, stagnieren die Welternten recht deutlich.

Hinzu kommt, dass in der gleichen Zeitspanne der Lebensstandard von Milliarden armer Menschen durchweg zugenommen hat, was umgehend zu höherem Genuss von Nahrungsmitteln führt. Noch mehr schlägt die Tatsache durch, dass eine angenommene halbe Milliarde Menschen in China, Indien und anderen asiatischen Ländern nicht mehr als arm eingestuft werden, sondern zum Mittelstand westlicher Konsumgewohnheiten gehören. Das färbt auf den Genuss von Nahrungsmitteln ab: anstatt nur Reis, auch Weizenprodukte (Brot und Teigwaren), ferner auch bessere Fleischsorten, lies Rindfleisch, und nicht nur Schweinefleisch und Geflügel.

Die Folge veränderter Konsumgewohnheiten allerlei Nahrungsmittel bedeutet einen höheren Gesamtverbrauch, der an den Veränderungen der Lagerhaltungen (Englisch „stocks“) abgelesen werden kann. In zehn Jahren von 1996 bis 2006 haben sich die Lagerbestände von Weizen von 155 Mio. t auf 142 Mio. t um 12 Mio. t verringert. Weizen ist mit Abstand die Getreidesorte mit den höchsten Lagerbeständen, die hauptsächlich in USA gehalten werden und als Nahrungsgarantie der Weltbevölkerung schlechthin gelten. Viel stärker sind die Lagerbestände der Getreidesorte Reis von 118 Mio. t auf 68 Mio. t um 50 Mio. t in zehn Jahren gefallen. Das betrifft zumal ganz Asien, wo Reis immer noch Hauptnahrungsmittel ist, wiewohl auch vermehrt andere Getreidesorten und Ölfrüchte verbraucht werden. Geringere Lagerbestände von Weizen und Reis stellen klare Signale dar, dass die Menschheit mehr Nahrungsmittel konsumiert hat als die Ernten erzeugten.

Hinzu kommt seit wenigen Jahren der Einsatz von Mais, Soja-

bohnen und anderer Ölfrüchte wie Sonnenblumen, Palmöl und Raps, ebenso von Zuckerrohr, für die Herstellung von Biokraftstoffen, lies Ethanol aus Mais und Zuckerrohr sowie Dieselöl aus Pflanzenölen. In den USA boomt derzeit die neue Industrie der Verarbeitung von Mais in Ethanol, das dem Benzin und Dieselöl beigemischt wird. Für 2006 werden angeblich 55 Mio. t Mais verarbeitet werden, wofür laufend neue Fabriken eingeweiht werden. Die Menge entspricht etwa drei argentinischen

Maisernten. Würde dieser Mais am Weltmarkt konkurrieren, anstatt in Ethanol ausgepresst zu werden, so würden die Maispreise mit Sicherheit niedriger als derzeit liegen. Auch in Argentinien wird laufend über neue Fabriken berichtet, die Sojaöl in Biokraftstoff auspressen. Angeblich lohnt dieses Geschäft, solange der Erdölpreis über rund 40 Dollar je Fass liegt, was längst bei 70 Dollar und mehr der Fall ist.

Getreide und Ölfrüchte dienen somit neuerdings nicht nur als

Nahrungs- und Futtermittel, sondern auch als Rohstoff für Biokraftstoff. Solange weltweit keine neuen ergiebigen Erdöllager entdeckt werden und die Weltnachfrage dank starker Konjunktur und kräftigem Verbrauch in China und Indien nicht nachlässt, sondern stark zunimmt, ist für eine weitere Expansion der Biokraftstoffe gesorgt.

All das führt über kurz oder lang dazu, dass die Weltpreise von Getreide und Ölfrüchten sich eher steigend als fallend gebärden wer-

den, wie man es bereits an den Weltmärkten in Chicago und anderenorts ablesen kann. Für Argentinien als Getreideland ist dieses Szenario sicherlich günstig, wird es doch dafür sorgen, dass die Devisen- und die Staatskasse weiterhin gepolstert werden und gefährliche Einbrüche wie früher verhindert werden können. Mit vollen Devisen- und Staatskassen regiert es sich leichter als mit Abwertungen und Schuldenkrisen wie so oft in den letzten hundert Jahren.

Argentinischer Aussenhandel

In Mio. Dollar

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
2005						
Juli	3.571	(3.008)	2.349	(1.957)	1.222	(1.051)
August	3.786	(2.934)	2.625	(2.020)	1.161	(914)
September	3.479	(2.969)	2.468	(2.013)	1.011	(956)
Oktober	3.419	(2.838)	2.503	(1.958)	916	(880)
November	3.230	(3.043)	2.708	(2.198)	522	(1.112)
Dezember	3.527	(2.962)	2.494	(2.109)	1.034	(854)
2006						
Januar	3.160	(2.743)	2.323	(1.890)	837	(853)
Februar	3.032	(2.578)	2.326	(1.862)	706	(716)
März	3.538	(2.578)	2.724	(1.862)	814	(716)
April	3.813	(3.559)	2.547	(2.379)	1.266	(1.180)
Mai	4.150	(3.666)	2.825	(2.479)	1.325	(1.188)
Juni	3.817	(3.416)	2.860	(2.724)	957	(692)
Juli	3.794	(3.571)	2.854	(2.354)	940	(1.222)

Quelle: Indec, Vorjahr (...), * Provisorische Zahlen